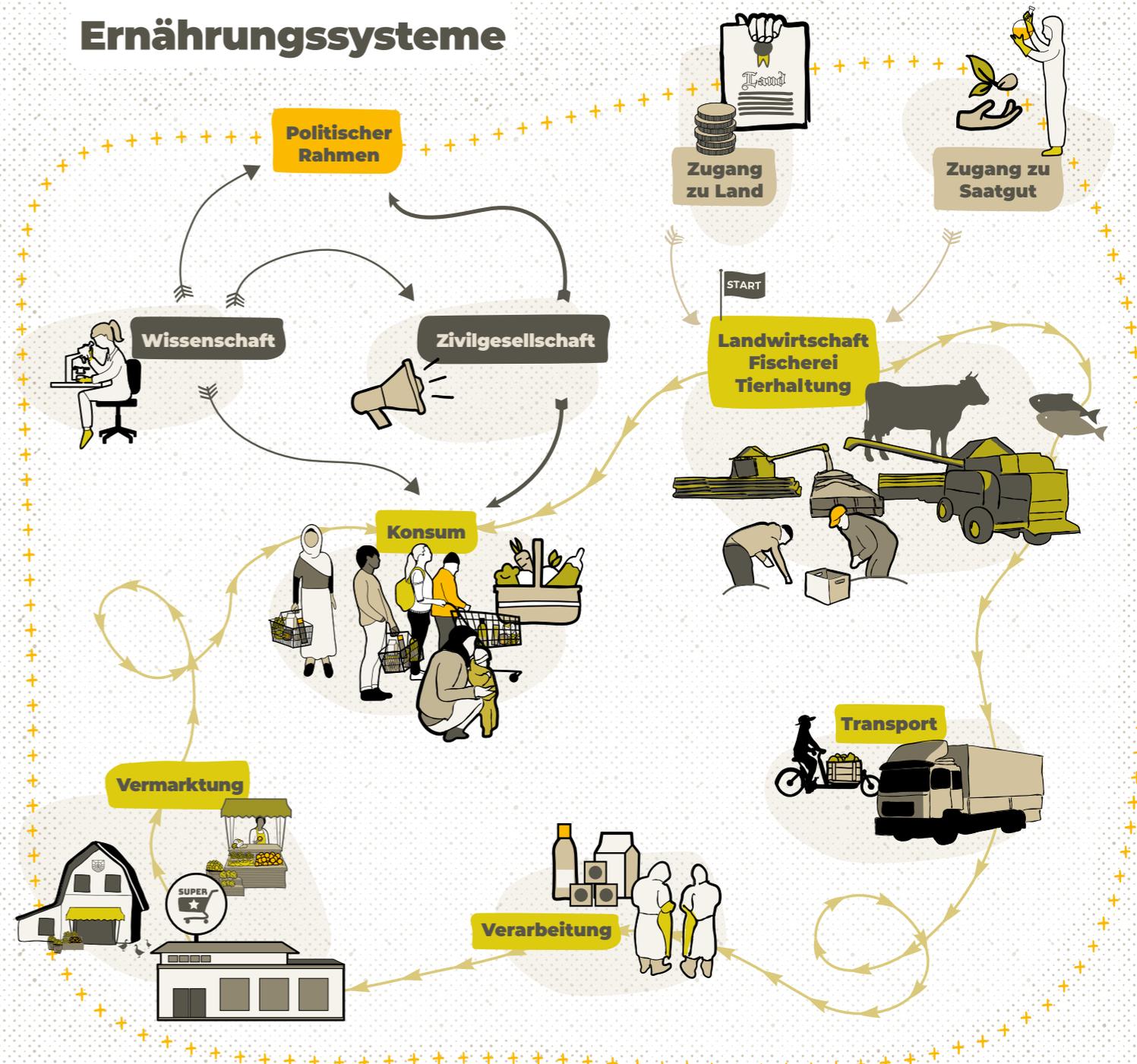


GERECHT GESUND NACHHALTIG

Unser globales
Ernährungssystem
mitgestalten!



Ernährungssysteme



Ernährungssystem – was bedeutet das?

Ein Ernährungssystem umfasst alle Stationen der Erzeugung, Verarbeitung, Verteilung und Zubereitung unserer Lebensmittel sowie alle Menschen, die daran beteiligt sind. Nehmen wir als Beispiel ein Laib Brot: Wenn wir dieses Brot mit der Ernährungssystem-Brille anschauen, dann betrachten wir etwa die Züchtung der Weizensaat, den Anbau des Getreides durch Bäuer*innen, das Mahlen des Getreides in einer großen Mühle, den Transport des Mehls per LKW zum Großhandel, wo der Bäckereibetrieb einkauft, natürlich das Back-Handwerk selbst, den Verkauf in einer Bäckerei, auf dem Wochenmarkt oder im Supermarkt und den Verzehr zu Hause oder im Frühstückslokal. Dies könnten wir auch als Wertschöpfungskette des Brotes bezeichnen. Zum Ernährungssystem gehören aber zum Beispiel auch Wissenschaftler*innen, die sich etwa mit der Verträglichkeit unterschiedlicher Weizensorten beschäftigen, Gewerkschaften, die für gute Arbeitsbedingungen im Großhandel kämpfen, Politiker*innen, die den Lebensmitteltransport von der Straße auf die Schiene verlegen wollen, und zivilgesellschaftliche Organisationen, die gegen genmanipuliertes Saatgut protestieren. Aber natürlich auch etwa Pestizidkonzerne und Düngemittelhersteller, die gegen Verbote und Reduktionsziele lobbyieren.

Ein Ernährungssystem ist also ganz schön komplex. Hinzu kommt, dass die einzelnen Schritte und Akteur*innen teilweise über den Globus verteilt sind in Ländern mit unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen und politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber auch wenn diese Ernährungssystem-Brille alles komplizierter macht, ist es wichtig, die Erzeugung unserer Lebensmittel auf dem Acker oder im Stall nicht getrennt zu betrachten von Ernährungsweisen. Zudem wird allein die Minimierung der Umweltauswirkungen der Landwirtschaft keine echte Transformation herbeiführen, wenn nicht gleichzeitig die Arbeitsbedingungen der Saisonarbeitskräfte und die Machtverhältnisse zwischen Supermärkten und Landwirt*innen verändert werden.

[01]

Unser Ernährungssystem in der Krise

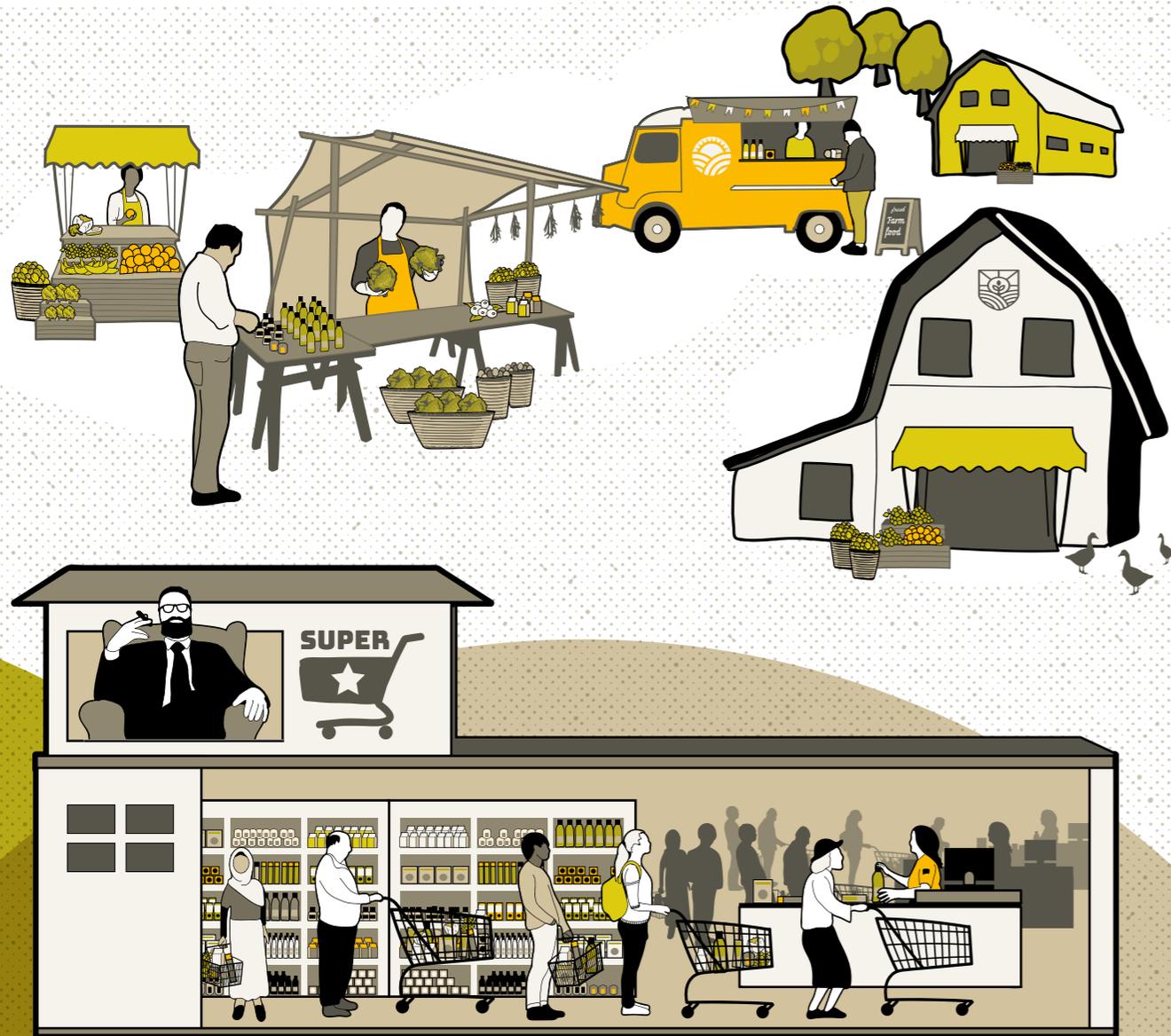
Doch warum braucht es überhaupt eine Transformation von Landwirtschaft und Ernährung? Unser heutiges globales Ernährungssystem steckt in einer tiefen Krise. Denn während die Supermarktregale das ganze Jahr über gefüllt sind mit Gemüse und Obst aus der ganzen Welt, ist das Ernährungssystem gleichzeitig mitverantwortlich etwa für den enormen Verlust von Arten- und Sortenvielfalt sowie die sich zuspitzende Klimakrise. Zudem basiert es auf einem globalen System der Ausbeutung und macht Menschen krank. Und das Schlimmste: Es macht nicht einmal alle Menschen satt! So leiden weltweit mehr als zwei Milliarden Menschen an Hunger und Mangelernährung. Und gleichzeitig ist fast dieselbe Zahl an Menschen auf der Welt übergewichtig. Wieso das so ist, können Sie auf den folgenden Seiten im Detail nachlesen. Dafür werden die wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen näher beleuchtet.

Aber es tut sich auch etwas! Zu jedem dieser Bereiche stellen wir auch Lösungsansätze vor – einerseits durch politische Gestaltung auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene und andererseits durch eigene Initiativen von engagierten Gruppen und Personen. So können Sie Anregungen sammeln, wie Sie den Wandel hin zu nachhaltigen, gerechten und gesunden Ernährungssystemen mitgestalten oder beschleunigen können oder wie Sie bestehende alternative Wege der Lebensmittelherstellung und -verteilung unterstützen können.

[02]



Ökonomische Dimension – Marktmacht beschränken!



[03]

Ein Kernproblem in unserem globalen Ernährungssystem betrifft das Machtgefälle zwischen großen Konzernen auf der einen und Zwischenhändler*innen, Landwirt*innen sowie Beschäftigten in der Landwirtschaft oder in Supermärkten auf der anderen Seite. Dieses Machtgefälle gibt es sowohl in Deutschland, wo etwa der Einzelhandel seinen Lieferant*innen faktisch Preise diktiert, aber auch global: Oft sind es Supermarktketten aus Europa, die die Standards definieren, an die sich zum Beispiel Produzent*innen von Zitrusfrüchten in Südafrika halten müssen, wenn sie europäische Supermärkte beliefern wollen. Nicht selten sind landwirtschaftliche Betriebe den harten Vertragsbedingungen und niedrigen Preisen ausgeliefert und trauen sich nicht einmal, sich zu beschweren, weil sie fürchten, dass ihre Produkte dann aus dem Sortiment ausgelistet werden könnten.

Die Marktmacht einzelner großer Konzerne im Agrar- und Ernährungssektor ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Denn um den Profit zu sichern und gegenüber der Konkurrenz zu bestehen, haben sich immer mehr Unternehmen entlang des Ernährungssystems zusammengeschlossen – etwa in den Bereichen Saatgutzüchtung, Pestizidherstellung, Getreidehandel, Landmaschinen und Einzelhandel. So kontrollieren beispielsweise die vier größten Supermarktketten in Deutschland 85 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels.

WAS TUN?

Als einzelne Verbraucher*innen haben wir kaum eine Chance, an diesen Machtverhältnissen etwas zu ändern. Gemeinsam können wir aber von der Politik fordern, dass beispielsweise Gesetze erlassen und umgesetzt werden, die Unternehmen dazu verpflichten, verantwortungsvoll zu handeln. Ein Beispiel dafür, wie Machtungleichgewichte durch politische Vorgaben abgebaut werden können, ist ein neues Gesetz in Deutschland, das so genannte unlautere Handelspraktiken verbietet. Das bedeutet, dass sich jede*r Landwirt*in, der*die etwa eine Molkerei oder einen Supermarkt beliefert, beschweren kann, wenn etwa Lieferungen kurzfristig storniert und dann nicht bezahlt werden.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die Fusionskontrolle. In Deutschland und der EU ist dieses Instrument viel zu schwach – mit negativen Folgen auch für Erzeuger*innen und Verbraucher*innen in Ländern des globalen Südens. Während in den USA und auf EU-Ebene etwa sehr konkret über die Aufspaltung von Google in kleinere Teilunternehmen diskutiert wird, ist die von zivilgesellschaftlicher Seite geforderte Einführung einer rechtlichen Option zur Entflechtung – also der Auflösung – von zu großen Unternehmen im deutschen Kartellrecht für die Bundesregierung bislang kein Thema.

Aber neben der politischen Regulierung ist es selbstverständlich auch wichtig, konkrete Alternativen zu fördern. Ein spannendes Beispiel, wie wir als Verbraucher*innen selbst über die Herstellungsbedingungen einzelner Produkte entscheiden können, können Sie hier lesen:

👉 Die Initiative „Du bist hier der Chef! Die Verbraucher*innen selbst über Herkunft, Qualität, Verpackung oder Vergütung für die Landwirt*innen im großen Stil abstimmen und so ideale Lebensmittel konzipieren. Alle sind hier Chef!

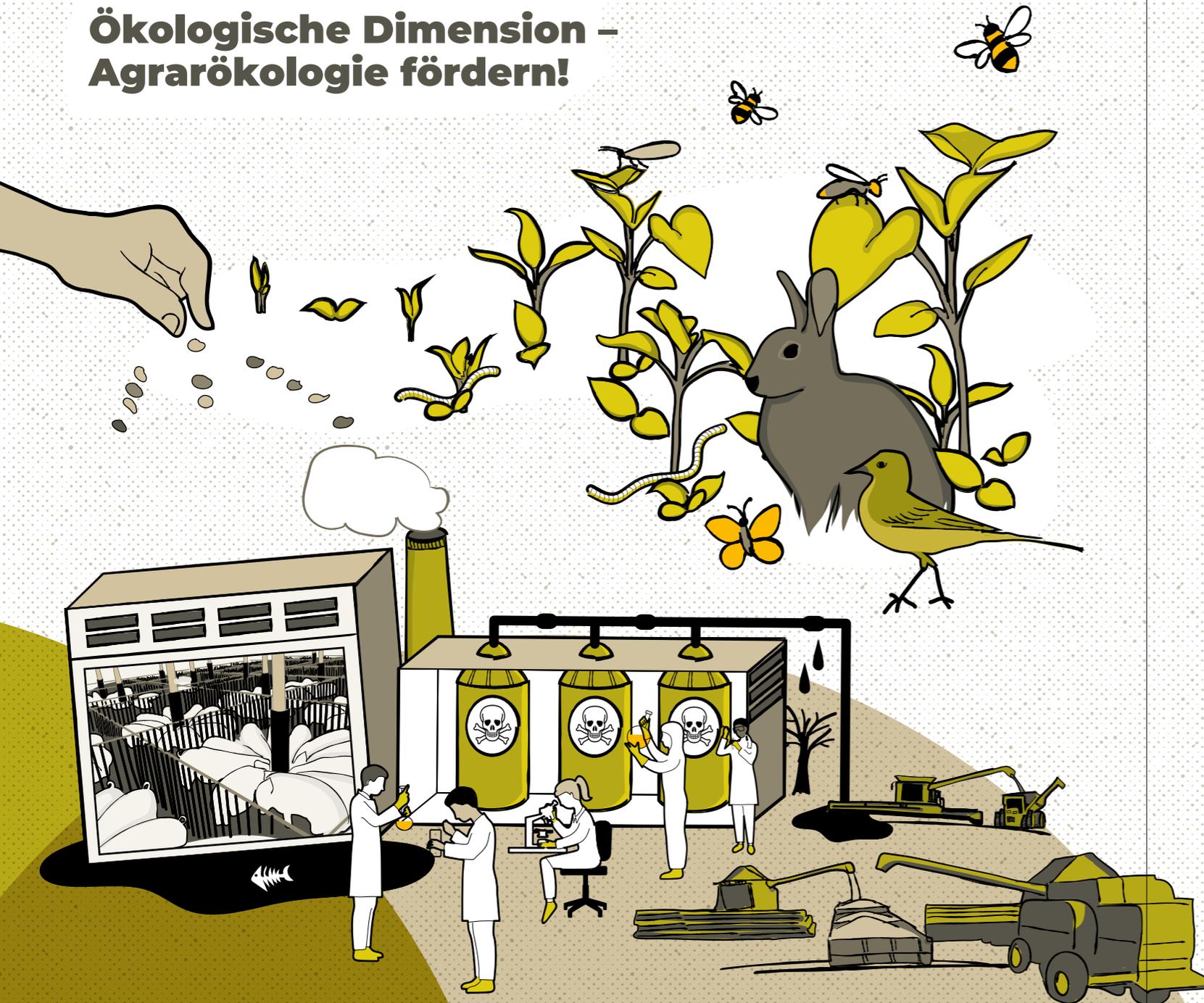
Nach der Milch und den Eiern, die bereits regional in Hessen aber auch im hohen Norden vermarktet werden, geht es aktuell um das Produkt Kartoffeln: Macht mit unter www.dubisthierderchef.de! So gewinnt jede*r Transparenz bei Qualität und Preis von Lebensmitteln und kann gemeinsam mit vielen Verbraucher*innen wertvolle Produkte gestalten, die eine faire Vergütung für die Landwirt*innen garantieren.

Nicolas Barthelmé, Du bist hier der Chef!



[04]

Ökologische Dimension – Agrarökologie fördern!



[05]

Die negativen Folgen einer industriellen Landwirtschaft und Lebensmittelweiterverarbeitung sind vielfach bekannt: Durch die Konzentration auf wenige, besonders ertragreiche Sorten geht Saatgutvielfalt verloren, was auch die Anpassung an die Klimakrise erschwert. Der Einsatz von Pestiziden hat schwere Folgen für die Artenvielfalt in ländlichen Räumen und trägt erheblich zum Insektensterben bei. Die abnehmende Vielfalt und der wachsende Anteil von industriell verarbeiteten Lebensmitteln auf unseren Tellern macht sich durch zahlreiche ernährungsbedingte Gesundheitsprobleme bemerkbar. So gilt in der EU mehr als die Hälfte der erwachsenen Bürger*innen als übergewichtig.

Hinzu kommt das drängende Thema der Klimakrise: Laut dem Weltklimarat IPCC ist das globale Ernährungssystem (einschließlich der Verarbeitung und Verteilung der Lebensmittel) für bis zu 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das liegt zu großen Teilen an der Tierhaltung und am Einsatz von Stickstoff-Dünger. Dessen Produktion ist enorm energieintensiv, zudem gelangt beim Ausbringen der Düngemittel ein Teil des Stickstoffs in Form von Lachgas – ein etwa 300mal wirksameres Treibhausgas als CO₂ – in die Atmosphäre. Schließlich werden Lebensmittel nicht selten über weite Strecken transportiert und durch den hohen Energieaufwand sind industriell verarbeitete Lebensmittel wie beispielsweise Tiefkühlpommes besonders klimaschädlich. Vom Ideal einer regionalen, pflanzenbasierten und saisonalen Ernährung sind wir noch sehr weit entfernt.

WAS TUN?

Um das Ernährungssystem umwelt- und klimafreundlicher sowie gesünder zu gestalten, braucht es einen guten Mix aus streng kontrollierten Vorgaben und einer umfassenden Förderung von agrarökologischen Anbau-, Verarbeitungs- und Vermarktungspraktiken. Dafür müssen beispielsweise die Herstellung und der Export von Pestiziden verboten werden, die nachweislich die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt schädigen. Gleichzeitig sollten öffentliche Gelder – wie etwa die EU-Agrarsubventionen – viel stärker an die Erfüllung ökologischer und sozialer Standards gekoppelt

werden. Der Umstieg auf ganzheitliche, agrarökologische Systeme vom Saatgut bis zum Teller sollte finanziell und durch gute Beratung massiv gefördert werden. Verbraucher*innen sollten dabei unterstützt werden, den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren – etwa durch den Wegfall der Mehrwertsteuer auf Gemüse und pflanzliche Milchalternativen aus biologischer Erzeugung. Nicht zuletzt muss der Anbau von (Bio-)Obst und Gemüse im Umfeld von Städten gefördert werden und Vorrang haben gegenüber den Getreide-Wüsten für den Export. Zudem müssen alternative und direkte Vermarktungsstrukturen ausgebaut werden. Eine Möglichkeit ist auch, die Landvergabe gesetzlich an ökologische und soziale Kriterien zu koppeln (siehe Text auf Seite 10).

Wie dabei die Interessen von Bäuer*innen und Umwelt-Aktivist*innen zusammengebracht werden können, erfahren Sie hier:

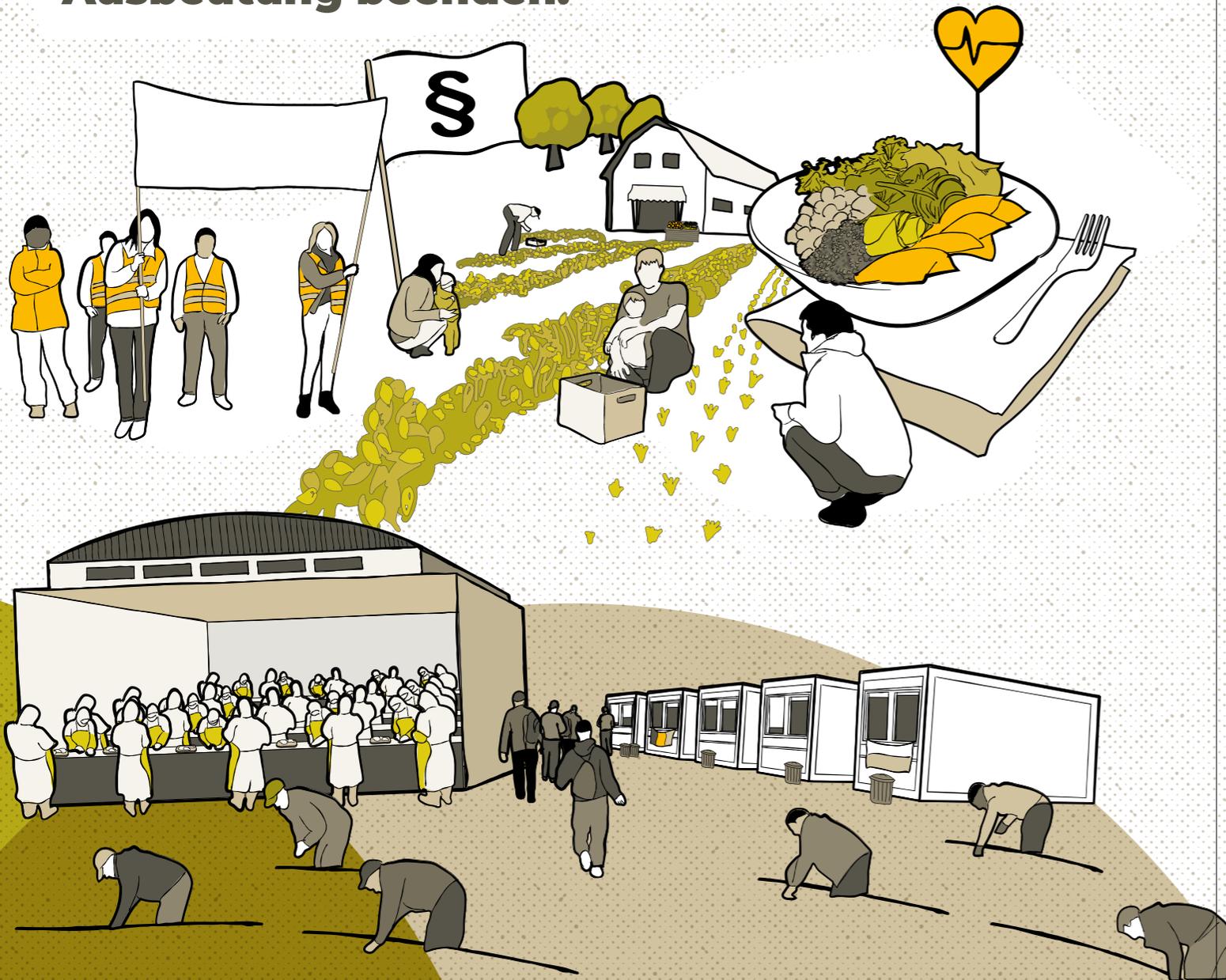
✚ Während Politiker*innen die notwendigen Reformen in der EU Agrarpolitik verschleppen, organisiert sich europaweit gesellschaftlicher Protest. Seit 2018 schließen sich Landwirt*innen, Konsument*innen, Umweltschützer*innen, Gerechtigkeitsaktivist*innen und viele andere zu den europaweiten Aktionstagen „Good Food Good Farming“ zusammen. Mit kreativen Protestaktionen und Events machen sie in ganz Europa ihren Protest laut und zeigen praktische Beispiele für die Transformation hin zu einer Landwirtschaft und Ernährung, die das Klima schont, die Artenvielfalt erhält und den Einsatz chemischer Pestizide und Düngemittel drastisch reduziert. Und damit die Einkommen und Arbeitsrechte jener sichert, die unser Essen produzieren. Seid dabei im nächsten Oktober und fordert mit uns #GoodFoodGoodFarming!

Verena Günther, good food good farming

Mehr unter www.gfgf.eu

[06]

Soziale Dimension – Ausbeutung beenden!



[07]

In der Corona-Pandemie haben viele Supermarktketten deutliche Umsatzzuwächse verzeichnet, während Arbeiter*innen auf den Plantagen, in Verpackungsanlagen und an der Kasse weiterhin niedrige Löhne bekamen und einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt waren. Es ist sichtbar geworden, unter welchen Bedingungen vor allem migrantische Arbeitskräfte Spargel und Erdbeeren ernten oder Tiere im Schlachthof zerlegen. Hinzu kommt, dass 44 Prozent aller Bäuer*innen und Landarbeiter*innen weltweit jedes Jahr mindestens eine akute Pestizidvergiftung erleiden, die meisten davon in Ländern des globalen Südens.

Fakt ist: Die Milliardenumsätze der Konzerne sind – in gesättigten Märkten wie dem Lebensmitteleinzelhandel – nur möglich, weil unser globales Ernährungssystem auf der Ausbeutung von „billigen“ Arbeitskräften basiert. Börsennotierte Unternehmen sind in der Regel darauf ausgerichtet, möglichst hohe Gewinne an ihre Anteilseigner*innen auszuschütten, anstatt sie in sinnvolle Maßnahmen – etwa zur Erreichung von mehr Nachhaltigkeit – zu investieren und den Angestellten faire Löhne zu bezahlen.

Die zunehmende Ungerechtigkeit im Ernährungssystem macht sich auch bei Verbraucher*innen, sowohl im globalen Süden als auch in reicheren Ländern, bemerkbar. So ist Ernährungsarmut auch in Deutschland ein wachsendes Problem und immer mehr Menschen nehmen private Angebote wie Tafeln in Anspruch, weil die staatliche Unterstützung nicht ausreicht.

WAS TUN?

Die Antworten auf die sozialen Probleme unseres Ernährungssystems sind vielfältig: So ist eine gewerkschaftliche Organisation – auch von saisonalen Arbeitskräften – eine zentrale Strategie, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Was in Deutschland bereits für die Fleischindustrie geregelt wurde (unter anderem ein Verbot von Werkverträgen), muss auch auf andere Branchen übertragen werden, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse mit Tarifbindung überall zum Standard zu machen. Jede Arbeiterin und jeder

Arbeiter muss gesetzlich krankenversichert sein. Zudem muss die Einhaltung von Arbeitsrechten besser kontrolliert werden – sowohl in Deutschland als auch in Ländern des globalen Südens. Etwa im Kakaoanbau in Westafrika müssen den Bäuer*innen dringend existenzsichernde Preise gezahlt werden.

Schließlich darf eine gesunde Ernährung kein Luxusgut sein, sondern ist ein Menschenrecht – leider das am meisten verletzte Menschenrecht weltweit. Armutsbekämpfungsprogramme müssen dies in den Vordergrund stellen und auch für Schul- und Kindergartenkinder gratis hochwertiges Essen anbieten. Auch alternative Konzepte wie die Solidarische Landwirtschaft, bei der der Preis für das monatliche Gemüse-„Abo“ für die Bäuerin genauso wie für den Verbraucher gemeinsam und solidarisch gestaltet wird, sind sinnvolle Ansätze, die sich außerhalb der kapitalistischen Marktlogik bewegen und zu gerechteren Handelsbeziehungen führen.

✚ Wir sind ein Bündnis von arbeitsrechtlichen Beratungsstellen, der Gewerkschaft IG BAU und anderen Organisationen. Seit 2016 gehen wir jedes Jahr raus auf die Felder und in Unterkünfte und verteilen Informationen zu Arbeitsrechten in verschiedenen Sprachen. Unser Ziel ist es mit möglichst vielen Kolleg*innen aus Osteuropa zu sprechen und ihnen Informationen über ihre Rechte zu geben und die Isolation aufzubrechen. Wenn es Probleme gibt, bieten wir Unterstützung und Rechtsberatung an. Mit einem neuen Mitgliedschaftsmodell für mobile Beschäftigte versucht die IG BAU die gewerkschaftliche Organisation zu fördern. Jährlich informieren wir in einem Bericht über unsere Arbeit und die Situation auf den Feldern. Ziel unserer Arbeit ist die Verbesserung der Situation von Saisonarbeiter*innen.

Katharina Varelmann, Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen

Jahresbericht der Initiative faire Landarbeit 2021:
<https://igbau.de/Saisonbericht21.html>

[08]

Politische Dimension – Mitbestimmung einfordern!



[09]

„Unsere Stimmen gegen konzerngesteuerte Ernährungssysteme!“ Unter diesem Motto beteiligt sich die internationale Zivilgesellschaft jährlich am UN Ernährungsgipfel in Rom. Und es trifft den Kern des Problems: Denn einige wenige Konzerne aus den Bereichen Saatgut, Pestizide, Düngemittel, Lebensmittelverarbeitung und Handel haben nicht nur eine wachsende Marktmacht, sondern nehmen auch immer mehr Einfluss auf die Politik und somit die Rahmenbedingungen unseres Ernährungssystems. Das fängt an bei der Verteilung des konzern-eigenen Hochleistungs-saatguts in Kombination mit synthetischen Düngemitteln und Pestiziden – zum Teil mit Unterstützung von Regierungen etwa im südlichen Afrika – und reicht bis zur Förderung von ungesunden Ernährungsweisen auf Basis besonders „lukrativer“ verarbeiteter Produkte, die etwa einen viel zu hohen Anteil an Zucker, ungesunden Fetten und Salz beinhalten. Bäuerliches Saatgut, das von den Erzeuger*innen selbst nachgebaut wird, und lokal spezifische Ernährungsweisen werden zunehmend verdrängt.

Und auch der Zugang zu Acker- und Weideland ist ein hoch politisches Thema: So ist Land Grabbing – also der teils illegale Erwerb von fruchtbarem Ackerland durch Investoren – keineswegs nur ein Problem auf dem afrikanischen Kontinent. Auch in den neuen Bundesländern in Deutschland steigen zunehmend außerlandwirtschaftliche Investoren wie Aldi zu den größten Landbesitzer*innen auf und die hohen Pacht- und Bodenpreise erschweren vor allem Kleinerzeuger*innen und Junglandwirt*innen den Zugang zu Land.

WAS TUN?

Wie Bäuer*innen gemeinsam Widerstand gegen das Hochleistungs-saatgut von Bayer/Monsanto und anderen leisten können, zeigt unsere mosambikanische Partnerorganisation UNAC seit Jahren eindrücklich: Die Kleinbäuer*innenvereinigung unterstützt ihre Mitglieder bei der Vervielfältigung ihres traditionellen, dürreresistenten Saatguts und organisiert Tauschbörsen. Außerdem ist sie – wie auch INKOTA – Teil einer internationalen Bewegung für Ernährungssouveränität, das heißt für das Recht auf eine selbstbestimmte Landwirtschaft und Ernährung. In diesem Zusammenhang ist es auch von

großer Bedeutung, die Rechte von Kleinerzeuger*innen weltweit zu stärken. Mit der Verabschiedung einer entsprechenden UN-Erklärung Ende 2018 wurde ein wichtiger Grundstein dafür gelegt.

Im Bereich Ernährungspolitik ist es genauso wichtig, die Aktivitäten der Konzerne einzuhegen: So wurde etwa in Mexiko auf Druck der Verbraucher*innenorganisation „El poder del consumidor“ eine Steuer auf zuckerhaltige Getränke eingeführt. Anlass für die Initiative gab die rapide wachsende Anzahl von Diabetes-Erkrankungen, die teils auf das aggressive Marketing von CocaCola & Co. auf dem mexikanischen Markt zurückzuführen war.

Hier können Sie außerdem lesen, wie die Vergabe von öffentlichem Land in Deutschland gerechter gestaltet werden kann:

„Wir können die Agrarwende in die eigenen Hände nehmen, bei uns vor Ort. Und als Eigentümerin von Grund und Boden hat die Gesellschaft den Schlüssel zum Wandel bereits in der Hand: das öffentliche Land. Diesem öffentlichen Eigentum, dem Land der Bürger*innen, kommt eine besondere Verantwortung zu. Die Hansestadt Greifswald will dieser Verantwortung seit 2019 gerecht werden und führte auf Druck eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses sozial-ökologische Vergabekriterien ein. So wurde eine Quote für Verpachtung an ökologisch wirtschaftende Betriebe beschlossen, die Vergabe wird ausgeschrieben und ein Kriterienkatalog gewichtet die Anträge, u.a. nach Naturschutzmaßnahmen und Arbeitsplätzen. Ergänzt durch Beschlüsse zur regionalen und biologischen Versorgung der stadt-eigenen Kitas und Schulen kann der Wandel – auf Basis eines gesellschaftlichen Willens sowie des politischen Handels – nun kommen.“

Sebastian Schmidt, FINC

Mehr unter www.finc-foundation.org,
www.unser-land-schafft-wandel.de

[10]

Was kann ich tun?

Die Möglichkeiten, sich selbst für ein nachhaltiges, gerechtes und gesundes Ernährungssystem einzusetzen, sind vielfältig. Vielleicht empört Sie besonders, dass viele vor allem kleine bäuerliche Betriebe kaum etwas zu sagen haben gegen große Handels- und Supermarktkonzerne. Dann informieren Sie sich bei INKOTA zum Thema Konzernmacht, erzählen Sie Ihren Freund*innen davon, organisieren Sie eine Veranstaltung oder eine Aktion zum Thema oder schließen Sie sich bereits bestehenden Bündnissen wie dem Wir haben es satt!-Bündnis an, das jährlich im Januar für eine Agrar- und Ernährungswende auf die Straße geht. Oft finden Sie bei INKOTA auch Hinweise auf laufende Petitionen, für die Sie in Ihrem Umfeld Unterschriften sammeln können.

Oder aber Sie wollen für sich und Ihre Freund*innen selbst alternative Wege finden, wie Sie an umweltfreundlich produziertes Essen kommen, das von den Erzeuger*innen unter guten Arbeitsbedingungen hergestellt wird. Dafür können Sie sich bereits bestehenden Initiativen im Bereich urbane beziehungsweise Solidarische Landwirtschaft anschließen, selbst eine Initiative gründen oder Mitglied in einer Supermarktkooperative werden. In vielen Städten gibt es inzwischen auch so genannte Ernährungsräte, die sich ganz dem Wandel des Ernährungssystems verschrieben haben und viele spannende Projekte umsetzen.

Viel Spaß beim Mitgestalten!

Zum Bestellen und Weiterlesen

Ausstellung leihen „Zukunft säen - Wer ernährt die Welt von morgen?“

Online unter:

→ <https://www.inkota.de/mitmachen/ausstellung-ausleihen/roll-ausstellung-agraroekologie>

Broschüre „Unser Essen Mitgestalten! Ein Handbuch zum Ernährungsrat“ (2021).

Online unter:

→ <https://webshop.inkota.de/handbuch-ernaehrungsrat>

INKOTA-Dossier 24 „Gutes Essen für alle: Warum wir gerechte Ernährungssysteme brauchen“ (2021).

Online unter:

→ <https://webshop.inkota.de/dossier-ernaehrungssysteme>

INKOTA-Dossier 21 „Agrarökologie: Wege in die Landwirtschaft der Zukunft“ (2019).

Online unter:

→ <https://webshop.inkota.de/dossier-agraroekologie>

INKOTA-newsletter, abonnierbar unter:

→ www.inkota.de/inkota-newsletter

Impressum

INKOTA-netzwerk e.V.

Chrysanthemenstraße 1-3
10407 Berlin

Telefon: 030 42 08 202-0

E-Mail: inkota@inkota.de

Webseite: www.inkota.de

Autorin: Lena Luig

Konzept und Redaktion: Lena Bassermann, Wiebke Beushausen

Layout und Illustration: neonfisch.de

1. Auflage Dezember 2021, aktualisierte Auflage November 2023



Brot
für die Welt

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Energie
und Betriebe

be Berlin

 Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Gefördert durch Brot für die Welt aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin, MISEREOR sowie durch Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der INKOTA-netzwerk e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuwendungsgeber wieder.

Das INKOTA-netzwerk ist eine entwicklungspolitische Organisation, die seit 50 Jahren mit politischen Kampagnen und in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen im globalen Süden Hunger und Armut bekämpft und für eine gerechte Globalisierung eintritt. INKOTA stärkt Menschen im globalen Süden, damit sie sich selbstbestimmt von Hunger und Armut befreien können.

www.inkota.de

Mit Ihrer Unterstützung für eine nachhaltige Landwirtschaft in Nord und Süd!

JEDE SPENDE HILFT!

SPENDENKONTO

IBAN DE06 3506 0190 1555 0000 10

BIC GENODED1DKD

SPENDENSTICHWORT Landwirtschaft

INKOTA 
netzwerk